**Protokoll der LAG-Bildung von 30.06.2018**

Datum: 30.06.18  
Ort: LINKE-Büro Recklinghausen  
Protokoll: Efstathios Tassikas  
Anwesende: Siehe Liste

Tagesordnung:

1. Bericht der Sprecher\*innen (u.a. neue Homepage der LAG)
2. BAG-Tagung „Armut und Bildung“ 2019 (wird in NRW/Wuppertal stattfinden)
3. Ungleiche Bezahlung in der VHS: Was kann DIE LINKE tun? (verschiedene Anlagen)
4. Seiteneinsteigerklassen – und danach?
5. Inklusion: Schwerpunktschulen – unsere Position (Anlagen LVR und Winfried)
6. Abschlussprüfungen Sek.I – unsere Position
7. G 9 – was raten wir den LINKEN in der Kommunalpolitik? (Anlage Städtetag)
8. Verschiedenes

TOP 1: 1. Bericht der Sprecher\*innen (u.a. neue Homepage der LAG)

* Die Anwesenden unterhalten über die Veränderung und Aktualisierung der LAG-Homepage.
* Weiterhin steht die Frage im Raum, ob die LAG eine eigene Facebook-Seite erhalten soll. Dies wird nach einer Debatte zur Entscheidung gestellt und mit 9/2 (dafür/dagegen) beschlossen.
* Folgende Vorschläge, Ideen und Wünsche werden geäußert im Bezug darauf, welche Informationen auf der Homepage und der FB-Seite geteilt werden könnten: Einladungen, Protokolle, Positionspapiere, Kontaktmöglichkeiten, ein Beitrittsformular, Hinweise zu eigenen oder Bündnisveranstaltungen, Beispiele für erfolgreiche Kommunalratsbeschlüsse u.Ä.
* Der Anspruch ist nicht, die Seite täglich zu bespielen, sondern bei Bedarf und Gelegenheit. Die LAG hofft, durch die Facebook-Seite Transparenz für ihre Arbeit herzustellen und ihre Reichweite zu erhöhen.
* Sonja Neuhaus und Effi Tassikas schlagen vor, sich um die Einrichtung der FB-Seite zu kümmern und diese auf der nächsten Sitzung vorzustellen.
* Gunhild bittet darum, dass Nadine Bendahou als neue LSBR-Sprecherin der SOLID‘ aus NRW angefragt wird, um die Position(en) des Jugendverbandes im Bezug auf Bildung zu erfahren. Der LAG läge viel an einer inhaltlichen Zusammenarbeit mit der SOLID bei diesem Thema, vor allem im Hinblick auf die kommende Kommunalwahl. Effi wird Nadine anfragen.

TOP 2: 2. BAG-Tagung „Armut und Bildung“ 2019

* Gunhild Böth berichtet, dass es eine BAG-Tagung zum Thema „Armt und Bildung“ geben wird. Diese wird 2019 in Wuppertal stattfinden.
* Gunhild wird zur nächsten Sitzung eine Idee und Referent\*innen-Vorschläge diesbezüglich vorlegen.

TOP 3: 3. Ungleiche Bezahlung in der VHS: Was kann DIE LINKE tun? (verschiedene Anlagen)

* Es liegt ein Bericht über die Anfrage / Position der GEW Hamburg und der LINKEN zur (ungleichen) Bezahlung von VHS-Lehrkräften vor. In diesem geht es um die unterschiedliche Bezahlung von Integrationskursen im Gegensatz zu anderen Kursen.
* Als Positiv-Beispiel wird Köln genannt: Dort wurde ein verbindlicher Stundenlohn von 35€ für alle durchgesetzt, die einen Arbeitnehmer ähnlichen Status haben.
* Die eigentliche **Kritik**: Das BAMF lässt dubiose Sprachschulen und Träger zu (Es gibt hier eine gestellte Anfrage der Bundesfraktion zu), die teilweise als sehr unzuverlässig gelten und unter Verdacht stehen, Steuergelder für unzureichende Leistungen zu beziehen, denn viele Menschen erfüllen auch nach 900 bezahlten Stunden nicht das geforderte Sprachniveau. Die Qualität dieser Integrationsklassen von Nicht-VHS-Schulen wird außerdem nicht von der Stadt kontrolliert, sondern vom BAMF. Dieses sollte seine Kontrollen öfter und strenger ausführen.
* Idee aus Hamburg: Bildung einer Lehr\*innen-Vertretung zur besseren Vernetzung, Arbeit und Solidarität. Problem dabei: Hamburg hat das als Landes-Beschluss durchgesetzt, die VHS in NRW sind aber in kommunaler Hand.
* Weiterhin: Das Aufstellen von Kriterien, aus denen gewisse Rechte (z.B. Urlaubsgeld) hervorgehen für Scheinselbstständige und Leute mit Arbeitnehmer ähnlichem Status, denn Dozierende mit diesem Status haben Anspruch auf Urlaubsgeld und auch auf Rente.
* Diese Dozierenden haben Probleme: Arbeitsschutz, Gesundheitsschutz & Arbeitszeitregelungen fehlen, vor allem für Leute mit Arbeitnehmer ähnlichem Status.
* Es gilt, das Image der VHS auf kommunaler Ebene zu verbessern (die VHS als Weiterbildungszentrum), da sie signifikante Arbeit leisten und viele Dozierende dies hauptberuflich machen.
* Idee: Kölner GEW bzw. Dozierende zur LAG-Sitzung einladen, sowie andere lokale Vertreter\*innen und Kontrolleur\*innen des BAMF
* Idee: Anfrage(n) stellen in Kommunal-Parlamenten (Steigerung der Öffentlichkeit), im Kultur-, Schul- und Integrationsrat sowie auf Bundesebene (Gunhild möchte dazu eine Vorlage vorbereiten, sie bittet um Feedback).
* Die Linke soll den GEW-Fokus auch auf diese(s) Problem(e) lenken.
* Fazit: Für Qualität muss bezahlt werden! Die VHS liefert diese und gute Arbeit, wird aber nicht ordentlich bezahlt, im Gegensatz zu anderen, die nicht die selbe Leistung liefern. Es ist eine Resolution geplant für gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit.

TOP 4: Seiteneinsteigerklassen – und danach?

* Ein signifikantes Problem ist die hohe Zahl der Abschulung von Seiteneinsteigerkindern. Die LAG und die Linke kritisieren, dass es nicht sein kann, dass alle Seiteneinsteigerkinder nur Hauptschul-Niveau erreichen!
* Die (Haupt)Schulen bräuchten Kinder, die nicht erst ab Klasse 7 zu ihnen „abgeschoben“ werden, sondern bereits ab Klasse 5 dort starten. Sonst sei es nicht gewährleistet, dass die SuS beim Schulabgang nicht fit genug sind bzw. einen Abschluss haben.
* Gymnasien und andere Schulformen sollten Kinder aus der Erst-Förderung behalten und diese auch bis zu ihrem Abschluss bringen, denn auch die anderen Schulformen können Abschlüsse ausstellen (z.B. FOR/Q am Gymnasium).
* Warum sollte das gemacht werden? Besonders die Haupt- und Gesamtschulen sind, gemessen an ihrer Schülerschaft, überproportional belastet. Die Verteilung muss gerechter werden!
* Frage: Gibt es eine GEW-Position dazu?
* Einstieg in die Debatte zur Zukunft der Bildungslandschaft NRW nach dem Wegfall der Hauptschule: Was passiert, wenn in Zukunft die HS wegfallen? Idee eines zwei-gliedrigen Schulsystems. 🡪 Das Schulgesetz in NRW sieht vor, dass Hauptschulbildungsgänge – bzw. Abschlüsse auch an RS / GS möglich sind. Die Landesregierung will daher separierte HS-Bildungsgänge an RS installieren, welches als kritisch erachtet wird. Sollte diese Idee umgesetzt werden, wäre ein kommunaler Kompromiss nur, wenn alle RS einen HS-Zweig einführen und es neue Gesamtschulen gibt.
* Es steht die Idee im Raum, im Sinne einer Verbesserung der Verteilung von Seiteneinsteigerkinder, dass das K.I. (Kommunales Integrationszentrum) Neu-zugewanderte den Schulformen zuweist. Welche Kriterien könnte es dazu geben? Es wird vorgeschlagen, eine/e Vertreter\*in des KI zu einer Sitzung einzuladen.
* Idee: Mehr Berufsbegleiter\*innen (Berebs) früher einsetzen (als Klasse 9).

TOP 5: Inklusion: Schwerpunktschulen – unsere Position

* Die NRW-Landesregierung plant sogenannte „Leuchtturmprojekt-Schulen.“ Diese Schulen sollen Schwerpunktschulen für spezifische Inklusions-Aspekte sein. Es ist eine Maßnahme zur Bündelung von sonderpädagogischen Kräften, da es derzeit zu wenig gibt, um den Gesamtbedarf zu decken.
* Die LAG kritisiert, dass Parallel-Schulsysteme auf die Dauer nicht finanzierbar seien und sowieso das Personal dazu fehlt und hält an der Idee „Eine Schule für alle“ fest.
* Die Schulen, welche Schwerpunktschulen werden sollen, wehren sich und beschließen z.T., keine Schwerpunktschule zu werden. Die Landesregierung erzwingt jedoch ein Kontingent solcher Schulen.
* Die LAG erteilt den Plänen der Landesregierung eine Absage und kritisiert, dass die Vorlage nicht die momentane Situation berücksichtigte (Infrastruktur, Personal, Wohnortnähe, zu wenig Differenzierung der einzelnen Förderschwerpunkte). Außerdem kritisiert sie die inflationäre Etikettierung von „Förderbedarf“ und das fehlende Personal.
* Positiv-Beispiele für gelungene Inklusionskonzepte seien Bremen, Schleswig-Holstein, Hamburg & Berlin. Diese könne man als Vorlage nehmen.
* Auch die Kommunen sind in Betracht zu ziehen, ggf. sollten Anfragen gestellt werden: Welche Bedarfe sind da? Wie ist die Kommune ausgestattet? Wie sollen diese geplanten Schwerpunktschulen kommunal umgesetzt werden?
* Die LAG kann in der dies bezogenen Debatte keinen Konsensbeschluss fassen. Daher wird die Debatte ohne Beschluss in die nächste Sitzung verschoben.

TOP 6 & 7 wurden aus Zeitgründen vertagt.

TOP 8: Verschiedenes

* Die Vertreterin des LaVo in der LAG – Sonja Neuhaus – will mehr Bündnisarbeit (GEW, LSV, Eltern, Lehrkräfte, Träger) anregen und plant dies zu organisieren